

Fachbereich 4 - Kultur
Daniela Krüger

Datum:
19.09.2023

Antrag

Beschließendes Gremium:

Antrag "Umbenennung der Hindenburgstraße" (Antrag der Gruppe Die Partei/Die Linke, der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 18.04.2023, eingegangen am 18.04.2023)

Beratungsfolge:

Öffentl. Sitzungs- Gremium
Status datum

Ö 28.09.2023 Ausschuss für Kultur und Partnerschaften

Sachverhalt:

Der Antrag wurde in der Ratssitzung am 24.08.2023 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Kultur und Partnerschaften verwiesen. Als Anlagen sind der Antrag auf Umbenennung Hindenburgstraße und die Stellungnahme dazu angefügt.

Die Änderungsanträge zu dieser Thematik wurden in der Ratssitzung abgelehnt.

Beschlussvorschlag:

- Antrag Umbenennung Hindenburgstraße

Folgenabschätzung: ggf. im Rahmen der Stellungnahme

A) Auswirkungen auf die Ziele der nachhaltigen Entwicklung Lüneburgs

	Ziel	Auswirkung positiv (+) und/oder negativ (-)	Erläuterung der Auswirkungen
1	Umwelt- und Klimaschutz (SDG 6, 13, 14 und 15)		
2	Nachhaltige Städte und Gemeinden (SDG 11)		
3	Bezahlbare und saubere Energie (SDG 7)		
4	Nachhaltige/r Konsum und Produktion (SDG 12)		

5	Gesundheit und Wohlergehen (SDG 3)		
6	Hochwertige Bildung (SDG 4)		
7	Weniger Ungleichheiten (SDG 5 und 10)		
8	Wirtschaftswachstum (SDG 8)		
9	Industrie, Innovation und Infrastruktur (SDG 9)		
Die Ziele der nachhaltigen Entwicklung Lüneburgs leiten sich eng aus den 17 Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDG) der Vereinten Nationen ab. Um eine Irreführung zu vermeiden, wird durch die Nennung der UN-Nummerierung in Klammern auf die jeweiligen Original-SDG hingewiesen.			

B) Klimaauswirkungen

a) CO₂-Emissionen (Mehrfachnennungen sind möglich)

- Neutral (0): durch die zu beschließende Maßnahme entstehen keine CO₂-Emissionen
 - Positiv (+): CO₂-Einsparung (sofern zu ermitteln): _____ t/Jahr
- und/oder
- Negativ (-): CO₂-Emissionen (sofern zu ermitteln): _____ t/Jahr

b) Vorausgegangene Beschlussvorlagen

- Die Klimaauswirkungen des zugrundeliegenden Vorhabens wurden bereits in der Beschlussvorlage VO/ _____ geprüft.

c) Richtlinie der Hansestadt Lüneburg zur nachhaltigen Beschaffung (Beschaffungsrichtlinie)

- Die Vorgaben wurden eingehalten.
 - Die Vorgaben wurden berücksichtigt, sind aber nur bedingt anwendbar.
- oder
- Die Beschaffungsrichtlinie ist für das Vorhaben irrelevant.

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten (in €)

a) für die Erarbeitung der Vorlage:

- aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.

b) für die Umsetzung der Maßnahmen:

c) an Folgekosten:

d) Haushaltsrechtlich gesichert:

- Ja
- Nein
- Teilhaushalt / Kostenstelle:
- Produkt / Kostenträger:

Haushaltsjahr:

e) mögliche Einnahmen:

Anlagen:

- Antrag Umbenennung Hindenburgstraße
- Stellungnahme VO01640_Hindenburgstraße

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

Frau Oberbürgermeisterin
Claudia Kalisch
Rathaus
21335 Lüneburg

DIE LINKE.
Kreisverband Lüneburg



Lüneburg, 18.04.2023

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Gruppe „Die PARTEI/DIE LINKE“, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die SPD-Fraktion stellen im Rat der Hansestadt Lüneburg folgenden Antrag zur Ratssitzung am 01.06.2023:

Antrag zur Umbenennung der Hindenburgstraße

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Hindenburgstraße umzubenennen.
2. Der neue Name ist Sonja-Barthel-Straße.
3. Es wird eine Informationstafel in der Hindenburgstraße aufgestellt, die die Namensentwicklung der Straße darstellt. Diese Informationstafel wird von der Verwaltung mit Hilfe des Arbeitskreises Erinnerungskultur erarbeitet.

Begründung:

Straßennamen sind Medien der Erinnerungspolitik. Sie sind Ausdruck der jeweils herrschenden Auffassungen von Geschichte und stellen selektive, sich an der jeweiligen Gegenwart anlehrende Bezüge her. Straßennamen orientieren Menschen im urbanen Raum, sie symbolisieren und signalisieren Ein- und Ausschlüsse von Geschichten und daran beteiligten Personen. Welche Perspektive auf den Nationalsozialismus wollen wir heute in Lüneburg über Straßennamen vermitteln? Behielte die Hindenburgstraße ihren Namen, kann dies als ein Zeichen für die Langlebigkeit antidemokratischer und rassistischer Diskurse sowie die mangelnde Aufarbeitung in der deutschen Geschichtspolitik und Erinnerungskultur gedeutet werden. Straßennamen beinhalten die Möglichkeit, Spuren von Gewaltgeschichten im Stadtbild sichtbar zu machen. Während die Beibehaltung des Namens einer Fortschreibung der Unrechtsgeschichte gleichkommt, setzt die Umbenennung ein Zeichen für Demokratie und globale Gerechtigkeit.

Wir schließen mit diesem Antrag an die vielfache gesellschaftlich und politisch geführte Diskussion an. Seit zuletzt der Antrag auf Umbenennung eingebracht wurde, ist der Diskurs um Erinnerungskultur in unserer Stadt wesentlich vorangeschritten.

Auch andere Städte wie Trier, Hannover, Hamburg oder Darmstadt sind diesen Weg bereits gegangen. Dabei wurde jüngst in Hannover die Klage von Anwohner:innen gegen die Umbenennung der Hindenburgstraße vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg abgewiesen.

Die Bedeutung Hindenburgs:

Die historische Bedeutung Paul von Hindenburg ist mittlerweile hinreichend erforscht. Er spielte eine zentrale Rolle bei der Auflösung und Zerstörung der Weimarer Republik. Hindenburg lehnte als überzeugter Monarchist ein demokratisches Deutschland ab und ernannte am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler, trotz alternativer Mehrheiten. Noch bis zu seinem Tod 1934 unterstützte er als Präsident Adolf Hitler öffentlich.

Eine Würdigung Hindenburgs durch die Benennung von öffentlichem Raum ist nach dem aktuellen Stand der Geschichtswissenschaft kritisch zu bewerten.

Die heutige Hindenburgstraße hieß seit 1884 Gartenstraße, wurde 1933 in Hindenburgstraße umbenannt und nach dem Krieg wieder in Gartenstraße rück benannt. Erst auf Antrag des *Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)* wurde die Gartenstraße 1952 wieder in Hindenburgstraße umbenannt.

Warum Sonja-Barthel-Straße?

Sonja Barthel wurde 1917 in Berlin geboren und ist am 10.05.2022 in Lüneburg gestorben.

Als Tochter einer Jüdin musste Sonja Barthel mit 16 Jahren die Schule verlassen. Sie überstand die Nazi-Diktatur, erlebte jedoch die Schrecken der nationalsozialistischen Diktatur in ihrer Familie, denn ihre Schwester und Großmutter mussten in ein Konzentrationslager. Sie selber wurde nicht inhaftiert, weil Nazigegner und Antifaschisten ihr halfen.

Unter dem Eindruck der Kriegs- und Diktaturerfahrung wurde Sonja Barthel nach dem Krieg Mitglied der VVN, Vereinigung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten. In Lüneburg initiierte Sonja Barthel die Gründung der Geschichtswerkstatt, sie war Mitglied der GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft) und von 1964 – 1975 Mitglied im Stadtrat (für die SPD). Hier engagierte sie sich im Schulausschuss, im Kulturausschuss sowie im Jugendwohlfahrtsausschuss.

Zeitlebens – bis ins hohe Alter – setzte sich Sonja Barthel für Frieden und Menschlichkeit und gegen Nationalsozialismus, Rassismus und Antisemitismus ein. So stellte sie sich z. B. in den 1990-er Jahren einem Aufmarsch der NPD entgegen und erhob immer wieder öffentlich ihre Stimme gegen Neonazismus und Rechtsextremismus.

Es war ihr besonders wichtig, jungen Menschen über die Nazidiktatur aufzuklären und vor den Gefahren des Rechtsextremismus zu warnen. Ihre Überzeugung war: „Faschismus, Rassismus und Antisemitismus sind keine Meinung, der eine Freiheit zugestanden werden darf.“ Dafür trat sie ein.

Aufgrund ihrer Haltung hat Sonja Barthel eine Vorbildfunktion für die aktuelle und für nachfolgende Generationen. Wir halten sie für würdig, mit einem Straßennamen geehrt zu werden. Mit der Umbenennung der „Hindenburgstraße“ in „Sonja-Barthel-Straße“ wollen wir in Sachen Erinnerungskultur ein deutliches Zeichen setzen. Auch würde die Umbenennung die Sichtbarkeit von Frauennamen in der Öffentlichkeit steigern.

Die Hindenburgstraße ist eine präzente und wichtige Straße in Lüneburg. Im Sinne einer progressiven Erinnerungskultur sollte diese Straße einen Namen erhalten, der für eine offene Gesellschaft steht. Obwohl Sonja Barthel vor weniger als 5 Jahren gestorben ist, halten wir es für angemessen, die Hindenburgstraße nach ihr zu benennen, da ihr antifaschistischer Widerstand und ihr besonderes gesellschaftliches Engagement in Lüneburg der Bedeutung der Straße entspricht.

Die weitere Begründung erfolgt in der Sitzung.

Mit freundlichen Grüßen

Vivienne Widawski

Andrea Kabasci

Andrea Schröder-Ehlers

01 R

über

a) Fachbereichsleitung 4 Frau Kibscholl

b) Dezernent V Herr Forster

**Gemeinsamer Antrag der Gruppe DIE Partei/DIE LINKE, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion vom 18.04.2023 zur Umbenennung der Hindenburgstraße inkl. des Änderungsantrags der FDP-Fraktion vom 20.04.2023 und des Änderungsantrags der CDU-Fraktion vom 25.04.2023;
Sitzung des Rates am 01.06.2023**

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg hatte kürzlich in seiner Sitzung am 23.03.2023 die „Richtlinie zur Benennung von Verkehrsflächen im Stadtgebiet der Hansestadt Lüneburg“ beschlossen. Diese ist am 17.04.2023 öffentlich bekannt gemacht worden und in Kraft getreten.

Zur Vorbereitung einer strukturierten, inhaltlichen Auseinandersetzung mit den seither gestellten (Änderungs-)Anträgen, die sich mit der Umbenennung der Hindenburgstraße beschäftigen, hat die Verwaltung dem Kultur- und Partnerschaftsausschuss in seiner Sitzung am 23.05.2023 bereits einen Vorschlag zum zukünftigen, einheitlichen Ablauf des Verfahrens potentieller Umbenennungen von Verkehrsflächen vorgestellt. Hierin sind auch die einzelnen Schritte des Beteiligungsprozesses der betroffenen Akteur:innen festgehalten worden (Anwohner:innen ab vollendetem 15. Lebensjahr, betroffene gemeinnützige Vereine und sonstige juristische Personen sowie die anlassbezogene Beteiligung weiterer Personen nach § 4 Abs. 5 der Richtlinie). Dieser Vorschlag wurde aufgrund der Rückfragen des Ausschusses nochmals präzisiert und ist dieser Stellungnahme als Anlage beigefügt.

Gemäß § 6 Abs. 3 Nr. 1 der Richtlinie erfolgt für eine potentielle Umbenennung der Hindenburgstraße eine Vorberatung im zuständigen Fachausschuss (Ausschuss für Kultur und Partnerschaften).

Die Verwaltung empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg daher, die Anträge zur weiteren inhaltlichen Beratung in den Ausschuss für Kultur- und Partnerschaften zu verweisen.

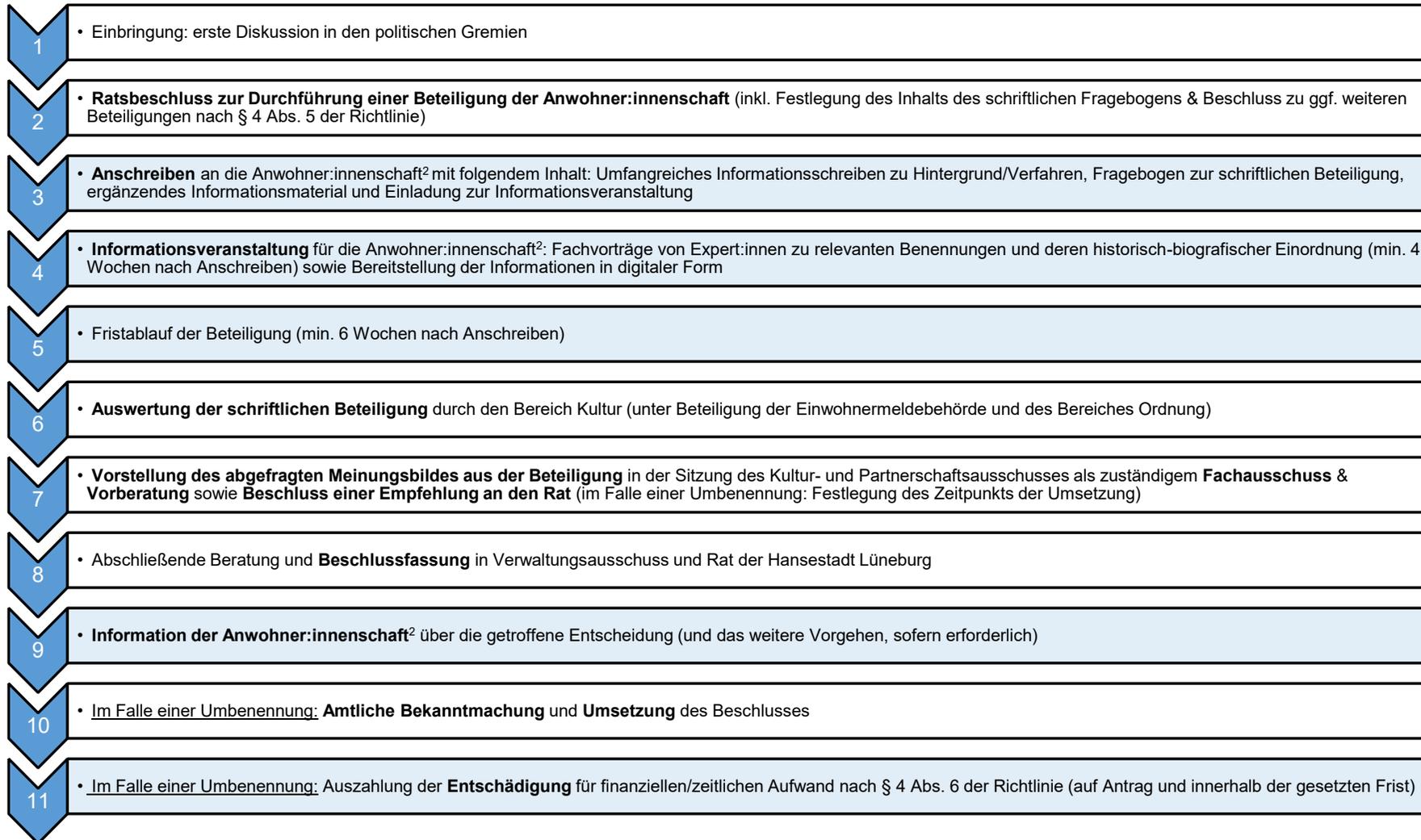
Kosten für die Erarbeitung der Stellungnahme

349 Euro

im Original gez. Beer-Kullin

Anlage: Vorschlag Verfahrensablauf mit Beteiligungsprozess, Stand 24.05.2023

**Beteiligung der Anwohner:innen¹ sowie betroffener gemeinnütziger Vereine und sonst. jur. Personen (nachfolgend kurz: Anwohner:innenschaft) im Rahmen des Verfahrens zur potentiellen Umbenennung von Verkehrsflächen (nachfolgend kurz: Umbenennung);
Vorschlag zum zeitlichen Ablauf des Verfahrens**



¹ (bei Privatpersonen: alle Personen ab Vollendung des 15. Lebensjahres)

² sowie weitere Beteiligungen nach § 4 Abs. 5 der Richtlinie, sofern diese durch den Rat beschlossen wurde